

Die Haltung der mittleren Führungsschicht der Parteien gegenüber den Gewerkschaften

Das Verhältnis zwischen Parteien und Gewerkschaften in der Bundesrepublik ist in jüngster Zeit vermehrt Gegenstand öffentlicher Diskussion. Der folgende Beitrag beleuchtet dieses Verhältnis aus der Sicht der mittleren Führungsschicht politischer Parteien¹, d. h. es wird der Frage nachgegangen, welche Einstellungsmuster gegenüber den Gewerkschaften und ihren Zielsetzungen in den Parteiorganisationen selbst zu finden sind. Analysiert werden drei Bereiche: die Sympathie der mittleren Parteiführungsschicht gegenüber dem Deutschen Gewerkschaftsbund, die Beurteilung des politischen Einflusses der Gewerkschaften und die Haltung zu einzelnen politischen Problembereichen. Als Datenmaterial werden Ergebnisse einer von der Mannheimer Forschungsgruppe „Parteiensysteme der Europäischen Gemeinschaft“ im Rahmen des EG-weit organisierten Forschungsprojektverbundes „European Elections Study“ durchgeführten schriftlichen Befragung der Delegierten von Bundesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Demokratischen Union und der Christlich Sozialen Union verwendet².

Sympathie gegenüber dem Deutschen Gewerkschaftsbund

Zur allgemeinen Charakterisierung des Verhältnisses zwischen der mittleren Führungsschicht politischer Parteien und den Gewerkschaften wird ein Indikator herangezogen, der den Grad an Sympathie/Antipathie mißt. In der Mannheimer Delegiertenstudie wurden die Befragten gebeten, ihre Haltung zu Parteien, Verbänden und Organisationen anhand einer „Sympathieskala“ zu bestimmen³. Die Ergebnisse der Einordnung des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf dieser Skala durch die befragten Delegierten der vier Parteien zeigen eine deutliche Diskrepanz zwischen der SPD auf der einen und der FDP, CDU und CSU auf der anderen Seite (vgl. Tabelle, a). Der DGB ist fast 90% der SPD-Delegierten, nur etwa einem Fünftel der FDP- und CDU-Delegierten und etwa einem Siebentel der CSU-Delegierten sympathisch. Differenziert man nach der Intensität der Sympathie, so werden die Unterschiede noch krasser: „sehr sympathisch“ ist der DGB einer deutlichen Mehrheit der mittleren Führungsschicht der SPD (61%), während bei den anderen drei Parteien nur eine verschwindend kleine Minderheit (2% bzw. 3%) dieser Meinung ist. Die Mehrheit der Delegierten der FDP (56%), der CDU (66%) und der CSU (74%) stehen dem DGB skeptisch bzw. ablehnend gegenüber.

1 Als Angehörige der mittleren Führungsschicht einer politischen Partei werden Inhaber eines überörtlichen Partei- und/oder öffentlichen Wahlamtes angesehen. Vgl. hierzu Karlheinz Reif, Hermann Schmitt und Oskar Niedermayer: Die Rolle der mittleren Führungsschicht der politischen Parteien in den EG-Parteiföderationen, in: Thomas Ellwein (Hrsg.), Politikfeld-Analysen 1979, Opladen 1980. Aus einer Reihe von forschungspraktischen Gründen wurden als erster empirischer Zugang zu diesem Elitestratum die Delegierten zu Bundesparteitagen ausgewählt.

2 Mitglieder der Mannheimer Forschungsgruppe sind: Karlheinz Reif (Leiter), Terry Barton, Kurt Menke, Oskar Niedermayer und Hermann Schmitt. Die European Elections Study ist ein EG-weit organisierter Forschungsprojektverbund, der von der Stiftung Volkswagenwerk, der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und dem Europäischen Parlament finanziert wird. Im Rahmen eines der Teilprojekte dieses Projektverbundes wurden die Delegierten des außerordentlichen Bundesparteitages der SPD vom Dezember 1978 in Köln, des FDP-Parteitages vom Juni 1979 in Bremen, des CDU-Parteitages vom März 1979 in Kiel und des CSU-Parteitages vom September 1979 in München schriftlich befragt (Projektleitung: Hermann Schmitt).

3 Fragetext: „Wir würden gerne wissen, was Sie über andere Parteien in unserem Land denken.“ Nachfrage: „Und wie sympathisch sind Ihnen die folgenden Verbände und Organisationen?“ Die ursprüngliche 11-Punkte-Skala wurde hier auf fünf Kategorien reduziert: 0-1 = sehr unsympathisch; 2-4 = unsympathisch; 5 = weder noch; 6-8 = sympathisch; 9-10 = sehr sympathisch.

Politischer Einfluß der Gewerkschaften

Die in bezug auf die Sympathieeinstufung des Deutschen Gewerkschaftsbundes deutlich gewordene Trennungslinie zwischen der mittleren Führungsschicht der SPD auf der einen und der der FDP, CDU und CSU auf der anderen Seite zeigt sich auch in den Ergebnissen der Frage nach dem politischen Einfluß der Gewerkschaften. Die Befragten wurden gebeten, den Einfluß verschiedener Organisationen und Kräfte auf politische Entscheidungen in der Bundesrepublik anhand einer Skala von „viel zu gering“ bis „viel zu groß“ einzuschätzen⁴. Die Beurteilung des politischen Einflusses der Gewerkschaften durch die Befragten der vier Parteien zeigt Tabelle b. Während 40% der SPD-Delegierten der Meinung sind, daß die Gewerkschaften auf politische Entscheidungen in der Bundesrepublik zuwenig Einfluß haben, wird diese Ansicht von nur 3% der FDP-Delegierten und 1% der Befragten aus den Unionsparteien vertreten. Fast die Hälfte der FDP-Delegierten hält den politischen Einfluß der Gewerkschaften für „zu groß“, ein Fünftel sogar für „viel zu groß“. Über 40% der Befragten aus der CDU und die Hälfte der CSU-Delegierten sind der Meinung, daß der Gewerkschaftseinfluß auf politische Entscheidungen viel zu groß sei. Faßt man die Einschätzung des politischen Einflusses der verschiedenen vorgegebenen gesellschaftlichen Institutionen⁵ durch die Befragten anhand der Durchschnittswerte zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Für die SPD-Delegierten sind die Gewerkschaften diejenige gesellschaftliche Institution, der noch am ehesten ein etwas zu geringer Einfluß auf politische Entscheidungen zugebilligt wird, während die Delegierten der Unionsparteien von allen vorgegebenen Institutionen den Gewerkschaften, zusammen mit den Massenmedien, am deutlichsten einen zu großen politischen Einfluß zuschreiben und auch die FDP-Delegierten die Gewerkschaften als eine der gesellschaftlichen Institutionen mit zu großem politischen Einfluß ansehen.

Haltung zu gewerkschaftlichen Zielsetzungen

Als letzter Punkt soll auf die Haltung der befragten Delegierten zu einzelnen politischen Problembereichen eingegangen werden. Den Befragten wurden zwei Listen mit insgesamt dreißig politischen Problembereichen (Issues) vorgelegt, die sie u. a. inhaltlich bewerten sollten⁶. Diese Issueliste enthielt u. a. vier Problembereiche, auf die sich gewerkschaftliche Aktivitäten und Zielsetzungen konzentrieren: die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Einführung der vollen paritätischen Mitbestimmung, die Verankerung des Rechts auf Arbeit im Grundgesetz und die Humanisierung der Arbeitswelt.

Betrachtet man die Ergebnisse der inhaltlichen Bewertung dieser Issues durch die Befragten, so wird deutlich, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Humanisierung der Arbeitswelt als sog. „Valenzissues“ anzusehen sind, d. h. als politische Problembereiche, die in bezug auf die Zielsetzung zwischen den Parteien nicht umstritten sind. Fast alle der befragten Delegierten der vier Parteien sprechen sich für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Humanisierung der Arbeitswelt aus. In bezug auf die Intensität der Befürwortung dieser beiden Zielsetzungen lassen sich jedoch deutliche Unterschiede zwischen den Parteien feststellen: Neun Zehntel der SPD-Delegierten, etwa drei Viertel der Delegierten der

4 Fragetext: „Verschiedene Organisationen und Kräfte in unserem Staat nehmen Einfluß auf politische Entscheidungen. Sind Sie der Ansicht, daß der politische Einfluß der unten genannten Organisationen und Kräfte zu gering, angemessen oder zu groß ist?“

5 Arbeitgeberverbände, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Großunternehmen, Kirchen, Massenmedien, Parteien, Verwaltungsbehörden, wissenschaftliche Institute.

6 Fragetext: „Hier stellen wir Ihnen eine Liste politischer Problembereiche vor. Geben Sie bitte Ihre Meinung zu jeder der folgenden Aussagen an. Sind Sie dafür oder dagegen?“ Nachfrage: „Unabhängig von Ihrer spezifischen Haltung zu den eben gestellten Fragen: welche der fünfzehn Punkte sind für Sie definitiv von größter Wichtigkeit?“

Unionsparteien und nur gut die Hälfte der FDP-Delegierten befürworteten die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit intensiv, d. h. sind „sehr dafür“ (vgl. Tabelle, c).

Auch die relative Bedeutung dieses Problembereichs wird von den Delegierten der vier Parteien unterschiedlich eingeschätzt. Vergleicht man die dem Issue „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ zugemessene Relevanz mit der des konkurrierenden wirtschaftspolitischen Problembereichs „Inflationsbekämpfung“, so läßt sich folgendes feststellen: Für die Gesamtheit der SPD-Delegierten hat der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit vor der Inflationsbekämpfung eindeutig Priorität und stellt, mit extrem großem Abstand zu den anderen Issues, „den“ zentralen Problembereich dar⁷. Bei den CDU-Delegierten konkurrieren Arbeitslosigkeit und Inflationsbekämpfung miteinander, während die Gesamtheit der Befragten vor allem der CSU, aber auch der FDP, der Inflationsbekämpfung höhere Priorität zumißt.

Auch bei dem Problembereich „Humanisierung der Arbeitswelt“ zeigen sich die Unterschiede zwischen den Parteien nicht in unterschiedlicher Befürwortung/Ablehnung, wohl aber in der Intensität der Befürwortung: Die Humanisierung der Arbeitswelt wird von über drei Vierteln der SPD-Delegierten, jedoch nur von etwa einem Drittel der Befragten aus den anderen drei Parteien intensiv befürwortet.

Die Verankerung des Rechts auf Arbeit im Grundgesetz ist bei allen vier Parteien umstritten. In der Relation zwischen Befürwortung und Ablehnung zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede zwischen den Parteien. Bei der SPD sprechen sich nur 14% der Befragten gegen eine Verankerung des Rechts auf Arbeit im Grundgesetz aus, bei der CSU 42%. In der FDP und CDU bilden die Gegner dieser Zielsetzung die Mehrheit. Noch deutlicher werden die Differenzen zwischen der SPD und den anderen drei Parteien bei der inhaltlichen Bewertung der paritätischen Mitbestimmung. Die mittlere Führungsschicht der SPD befürwortet geschlossen die Einführung der vollen paritätischen Mitbestimmung, während bei den anderen Parteien nur eine Minderheit der Delegierten dieser Zielsetzung gegenüber positiv eingestellt ist. Eine Zweidrittelmehrheit der FDP-Delegierten und drei Viertel der Befragten aus CDU und CSU lehnen die von den Gewerkschaften geforderte Einführung der vollen paritätischen Mitbestimmung ab.

Abschließend läßt sich folgendes feststellen: Die hier untersuchten Indikatoren der Haltung der mittleren Führungsschicht bundesrepublikanischer Parteien gegenüber den Gewerkschaften und ihren Zielsetzungen zeigen eine deutliche und konsistente Trennungslinie zwischen der SPD auf der einen und der FDP sowie den Unionsparteien auf der anderen Seite. Der pro-gewerkschaftlichen Haltung der mittleren Führungsschicht der SPD steht eine distanzierte bis ablehnende Haltung einer deutlichen Mehrheit der mittleren Führungsschicht vor allem der Unionsparteien, aber auch der FDP, gegenüber. Dies zeigt sich sowohl anhand der Sympathie gegenüber dem Deutschen Gewerkschaftsbund als auch in der Beurteilung des politischen Einflusses der Gewerkschaften. Die hier betrachteten gewerkschaftlichen Forderungen und Zielsetzungen werden von der mittleren Führungsschicht der SPD im allgemeinen deutlich und geschlossen unterstützt. Bei den anderen drei Parteien ist diese Unterstützung im Bereich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Humanisierung der Arbeitswelt weniger intensiv, die Verankerung des Rechts auf Arbeit im Grundgesetz wird, mit Ausnahme der CSU, mehrheitlich abgelehnt. Am deutlichsten zeigen sich die Unterschiede der Positionen der vier Parteien in der Frage der Mitbestimmung. Während die mittlere Führungsschicht der SPD die Einführung der vollen paritätischen Mitbestimmung geschlossen befürwortet, wird dies von der überwiegenden Mehrheit innerhalb der mittleren Führungsschicht von FDP, CDU und CSU abgelehnt.

⁷ Zur Messung der relativen Bedeutung eines politischen Problembereichs im Rahmen der vorgegebenen Issuelisten wurde aus der Prioritätsnachfrage ein „Issuezentralitätsindex“ entwickelt. Zur Berechnung dieses Indexes und den erhaltenen Ergebnissen vgl. Oskar Niedermayer: Zur parteiinternen Verankerung bestehender Koalitionsstrukturen im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, 1981 (in Vorbereitung).

Tabelle:
Parteien und Gewerkschaften (Angaben in Prozent)

	SPD	FDP	CDU	CSU
a) Sympathie gegenüber dem Deutschen Gewerkschaftsbund				
sehr sympathisch	61	3	2	3
sympathisch	28	19	17	11
weder noch	3	23	15	12
unsympathisch	3	42	48	46
sehr unsympathisch	6	14	18	28
b) Politischer Einfluß der Gewerkschaften				
viel zu gering	4	0	0	0
zu gering	36	3	1	1
angemessen	56	30	14	11
zu groß	4	48	41	38
viel zu groß	1	19	43	50
c) Politische Problembereiche				
<i>Bekämpfung der Arbeitslosigkeit</i>				
sehr dafür	90	53	76	70
dafür	10	43	23	29
keine Meinung/weiß nicht	0	3	1	0
dagegen	0	0	0	1
sehr dagegen	0	0	0	0
<i>Einführung der vollen paritätischen Mitbestimmung</i>				
sehr dafür	72	10	5	2
dafür	26	17	13	12
keine Meinung/weiß nicht	2	8	6	13
dagegen	1	49	55	51
sehr dagegen	0	16	21	22
<i>Verankerung des Rechts auf Arbeit im Grundgesetz</i>				
sehr dafür	45	9	8	13
dafür	34	25	23	30
keine Meinung/weiß nicht	8	14	13	14
dagegen	14	44	44	33
sehr dagegen	0	8	12	9
<i>Humanisierung der Arbeitswelt</i>				
sehr dafür	78	33	31	28
dafür	21	61	64	64
keine Meinung/weiß nicht	1	6	4	6
dagegen	0	1	1	2
sehr dagegen	0	0	0	1

Oskar Niedermayer, Universität Mannheim